

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des gemeinsamen Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie Bau und Verkehr

am 05.11.2014

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Holzrichter FDP
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn WeißCDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Jürgen Appelt	Bündnis	
90/Die Grünen		
Ratsfrau Michaela Dötsch	CDU	
Ratsherr Jan Eggermann	SPD	
Ratsherr Dirk Franke	SPD	
Ratsherr Oliver Fröhling	CDU	ab 17:15 Uhr
Ratsfrau Dr. Antje Heider	CDU	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsherr Steffen Kriegel	SPD	
Ratsherr Yasin Kut	DIE LINKE.	Vertreter für Ratsherrn Thomas-Lienkämper in beiden Ausschüssen
Ratsfrau Sandra Manß	SPD	
Ratsfrau Susanne Meese	SPD	
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	
Ratsherr Michael Meyer	CDU	bis 18:54 Uhr - anschließend vertreten durch Zweiten stellv. Bürgermeister Björn Weiß im BVA
Ratsfrau Britta Rogalske	CDU	
Ratsherr Björn Schöttler	CDU	
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa	SPD	Vertreterin für Ratsherrn Philipp Siewert im ASU
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek	SPD	Vertreterin für Ratsherrn Gordan Dudas MdL im BVA
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsfrau Barbara Tünsmeyer	SPD	
Ratsherr Jens Voß	SPD	
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	bis 18:35 Uhr
Ratsherr Michael Wülfrath	FDP	
Herr Horst Eick	SPD	
Herr Dominik Hass	SPD	
Herr Daniel Kahler	CDU	
Frau Renate Klebeck	FDP	Vertreterin für Herrn Dominik Petereit im BVA

Herr Jochen Kliebisch /Die Grünen	Bündnis 90	
Herr Gesa Lang 90/Die Grünen	Bündnis	ab 17:05 Uhr
Herr Harald Metzger Herrn Richard Oettinghaus Lüdenscheid	SPD Alternative für	bis 19:03 Uhr

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Martin Kornau	Fraktionslos
--------------------	--------------

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Zehra Kayis scheid	Ditib Lüden-	bis 18:59 Uhr
Frau Sandra Manß Liste der SPD	Internationale	im ASU

Gäste:

Frau Janssen Herr von Ahlen	Büro LK Argus Vorsitzender der Elternpflegschaft der Grundschule Schöneck
--------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------

Verwaltung:

Herr Martin Bärwolf
Beigeordneter Thomas Ruschin
Herr Hermann Scharwächter
Herr Hans-Jürgen Badziura
Herr Lars Bursian
Herr Sven Haarhaus
Frau Ursula Speckenbach
Frau Gudrun Abendroth
Frau Doris Ammelt
Herr Peter Dilks
Frau Kirsten Grunau
Herr Lothar Matzner
Frau Indra Reißmann
Frau Yvonne Schubert

Schriftführung:

Frau Dorothea Kaluza

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD
Ratsherr Philipp Siewert	SPD
Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper	DIE LINKE.
Herr Dominik Petereit	FDP
Herrn Ralf Tofote Lüdenscheid	Alternative für

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Funk	Fraktionslos
------------------	--------------

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:18 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Entfällt

2. Verpflichtung eines sachkundigen Bürgers

Vorsitzender Holzrichter verliest die Verpflichtungserklärung und verpflichtet den sachkundigen Bürger Jochen Kliebisch durch Nachsprechen.

Dies wird durch die schriftliche Verpflichtungserklärung dokumentiert.

3. Vorstellung des Entwurfs der Lärmaktionsplanung durch das Büro LK Argus

Herr Badziura erläutert den Hintergrund sowie die Systematik der Lärmaktionsplanung (LAP). In dieser Ausschusssitzung erfolge der Auftakt zur Bürgerbeteiligung der zweiten Verfahrensstufe, ein Beschluss sei am Ende der zweiten Stufe durch den Rat zu fassen.

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Frau Janßen vom Büro LK Argus und bittet um Vortrag.

Frau Janssen stellt anhand einer im **Gremien- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Präsentation die Voraussetzungen zur Aufstellung einer LAP sowie die Ergebnisse der ersten Verfahrensstufe vor. Sie nennt Maßnahmenempfehlungen zur Umsetzung der LAP. Im Anschluss an die Präsentation beantwortet Frau Janßen Fragen hierzu.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Frau Janßen für Ihren Vortrag.

4. Berichtswesen, hier: Fußgängerüberweg Parkstraße Höhe Gotenstraße

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Herrn von Ahlen als Vertreter der Elternschaft der Schule Schöneck/Brügge.

Zunächst erläutert Herr Bursian, dass im Rahmen der Schulwegsicherung geprüft werde, wie die Überquerungssituation der Parkstraße an dieser Stelle verbessert werden könne. Voraussetzung für eine sichere Straßenüberquerung sei, dass die Straßensituation gut einsehbar sei. Um dies zu gewährleisten, müssen die Bushaltestellen einen gewissen Abstand zur Querungsstelle haben. Eine Möglichkeit sei die hierzu erforderliche Verlegung der vorhandenen Bushaltestellen. Dies würde den Wegfall einiger Stellplätze im öffentlichen Straßenraum bedeuten. Anhand einer Präsentation zeigt und erläutert er, dass zur Umsetzung der vorgestellten Maßnahme auch zwei Bäume in diesem Bereich zu fällen seien. Eine Kostenschätzung für die erforderliche technische Ausstattung sowie tiefbauliche Anlagen belaufe sich auf rd. 30.000 €. Diese relativ hohen Kosten ergeben sich aufgrund der vorgenannten notwendigen Maßnahmen zur Herstellung einer sicheren Überquerungsmöglichkeit. Auch sei es schwierig, den Fußgängerverkehr an dieser Stelle zu bündeln. Zusätzlich zu diesen Kosten würden als Ersatzzahlung für den Bestandswert der entfallenden Bäume ca. 10.000 € anfallen.

Aufgrund der vorgenannten Schwierigkeiten und hohen Kosten zur Umsetzung einer solchen Maßnahme schlage die Verwaltung vor, für eine solche Maßnahme keine Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 € in den städtischen Haushalt einzustellen. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf einer Länge von 150 Meter sei bereits erfolgt.

Vorsitzender Holzrichter merkt an, dass die Maßnahme bislang weder im Haushaltsplanentwurf noch in der Änderungsliste enthalten sei, da in vorangegangenen Ausschusssitzungen erst die nun

vorgelegte Kostenschätzung abgewartet werden sollte. Bisher sei von Kosten in Höhe von ca. 15.000 € gesprochen worden. Dieser Betrag habe sich nunmehr verdoppelt. In der Diskussion damals sei vorgeschlagen worden, die Fußgänger in diesem Straßenabschnitt zu zählen. Diese derzeit relativ geringen Zahlen werden voraussichtlich aufgrund der sukzessiven Verlagerung der Grundschule nach Brügge ansteigen.

Herr Bärwolf regt an, der Betrag solle zunächst nicht in den Haushalt eingestellt werden. Gleichwohl werde die Verwaltung die Zahl der Fußgänger/Schüler in diesem Bereich weiter beobachten. Aufgrund der derzeit vorliegenden Zahlen und einer entsprechenden Kosten/Nutzen-Gegenüberstellung befürworte die Verwaltung aufgrund der hohen Kosten die Umsetzung der vorgestellten Maßnahme nicht. Mit der Einrichtung der Tempo-30-Zone in diesem Bereich sei zudem ein erster Schritt zur Schulwegsicherung bereits umgesetzt.

Vorsitzender Holzrichter unterbricht um 17.50 Uhr die Sitzung und erteilt Herrn von Ahlen als Vertreter der Elternschaft das Wort.

Herr von Ahlen bedankt sich für die Möglichkeit zur Wortmeldung. Er stellt dar, die reine Betrachtung der Kosten einer Schulwegsicherungsmaßnahme könne nicht ausschlaggebend sein, die Sicherheit der Kinder müsse im Vordergrund stehen. Er schildert anhand von Beispielen den Ist-Zustand des Schulweges der Kinder. Trotz Tempo-30-Zone hielten sich viele Autofahrer nicht an diese Geschwindigkeit. Auch sei nicht an die direkten Anwohner/innen der Schule Brügge gedacht. Die Zahl der Beschwerden der direkten Anwohner zum Thema Parken/Verkehr nehme zu. Es gebe in der Schule einen Ausschuss, welcher sich mit der Parkplatzsituation sowie den An- und Zufahrtswegen zur Schule befasse. Problematisch sei die Schaffung von Alternativen aufgrund fehlender Freiflächen. Aufgrund der Schließung der Grundschule Schöneck im nächsten Jahr gebe es bereits jetzt Kinder, welche die Grundschule Brügge besuchen und mit einem Shuttle-Bus befördert werden. Eine Möglichkeit sei, mehr Eltern dazu zu bewegen, die Kinder mit dem Bus zur Schule zu schicken. Hierzu seien jedoch weitergehende Schulwegsicherungsmaßnahmen erforderlich, da viele Eltern die Tempo-30-Zone aufgrund der geschilderten Situationen als nicht ausreichend ansehen.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung um 17.54 Uhr antwortet Herr Bursian auf den geschilderten Sachverhalt, die Verwaltung befürworte und fördere ausdrücklich den Fußgängerverkehr. Aufgrund der technischen Notwendigkeiten zur Umsetzung einer entsprechenden Maßnahme sowie mit Blick auf die hohen Kosten habe die Verwaltung dennoch entschieden, dem Ausschuss die Nichteinstellung der Haushaltsmittel zu empfehlen. Beobachtungen hätten gezeigt, dass es in diesem Bereich der Parkstraße sehr schwer sei, den Fußgängerverkehr genau an einer Stelle zu bündeln, da die Straße oft schräg überquert werde.

Zur Anmerkung von Herrn von Ahlen zur Nichteinhaltung der Geschwindigkeit im Bereich der Tempo-30-Zone fragt Vorsitzender Holzrichter, ob seitens der Verwaltung Maßnahmen zur Durchsetzung der Geschwindigkeitsbeschränkung geplant seien. Herr Bursian antwortet, dass eine Verkehrszählung mit einem Seitenradarmessgerät in diesem Bereich vorgesehen sei. Nach Prüfung der Finanzierbarkeit sei eine weitere Möglichkeit die Anbringung einer Geschwindigkeitsanzeigetafel, welche die gefahrene Geschwindigkeit anzeige.

Ratsherr Fröhling erklärt aufgrund eigener Erfahrungen, dass häufig auch ein Zebrastrifen in einer Tempo-30-Zone nicht ausreichend sei. Die Autofahrer hielten sich trotzdem oft nicht an die vorgegebene Geschwindigkeit. Aus diesem Grund schlägt er zu den Schulanfangs- und endzeiten den verstärkten Einsatz des städtischen Radarwagens vor.

Vorsitzender Holzrichter unterbricht um 18.00 Uhr erneut die Sitzung und erteilt Herrn von Ahlen das Wort.

Herr von Ahlen schlägt zur Refinanzierung einer Schulwegsicherungsmaßnahme vor, die Erträge aus den Einnahmen des Einsatzes des städtischen Radarwagens abzüglich der Personal- und

Sachkosten zur Errichtung einer Ampelanlage zu verwenden.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung berichtet Herr Kornau über sog. Info-Displays, welche die gefahrene Geschwindigkeit messen und entweder „Langsam“ oder „Danke“ anzeigen. Von diesen Geräten seien derzeit vier Stück im Bereich von Tempo-30-Zonen installiert. Diese seien seit ca. 5 Jahren im Einsatz mit dem Ergebnis, dass in diesen Bereichen auch nach 5 Jahren eine Geschwindigkeitsreduzierung festgestellt würde. Die Aufstellung dreier weiterer Geräte sei geplant. Er schlägt vor, die Aufstellung eines solchen Info-Displays auch im genannten Bereich der Parkstraße stadtauswärts zu prüfen. Die Finanzierung der 3 geplanten Geräte sei gesichert, die Finanzierung eines zusätzlichen Gerätes, evtl. durch einen Sponsor, sei zu klären und zu diskutieren. Ein solches Gerät koste je nach Ausstattung ca. 5.000 €, die Displays werden fest an bestehenden Laternenmasten installiert. Die Akkus der Geräte werden nachts über die Laternenmasten geladen, es gebe jedoch auch Laternen mit Dauerstrom, so dass bei diesen dann die Aufladung entfalle.

Frau Schubert ergänzt, es habe zur Anbringung eines Info-Displays bereits einen Ortstermin gegeben. Auf der rechten Straßenseite stadtauswärts sei dies wegen der Bäume und fehlender Sichtbeziehung schlecht möglich. Die Anbringung an der Laterne vor der Einmündung Gotenstraße sei hingegen sinnvoll und technisch möglich. Die Laternen in diesem Bereich haben Dauerspannung, so dass nach entsprechender Prüfung voraussichtlich auf die Akkus verzichtet werden könne.

Vorsitzender Holzrichter fasst zusammen, die dauerhafte Einrichtung eines solchen Displays sei dem temporären Einsatz eines Seitenradarmessgerätes oder einer Geschwindigkeitsanzeigetafel vorzuziehen und werde seitens des Ausschusses nach entsprechender Prüfung der finanziellen und technischen Details befürwortet. Weiter folge der Ausschuss der Auffassung der Verwaltung, aufgrund der zu erwartenden Kosten-/Nutzen-Relation die Einrichtung eines Fußgängerüberweges zurückzustellen. Die weitere Entwicklung der Personenzahl sowie die Einhaltung der reduzierten Geschwindigkeit in diesem Bereich werde weiter beobachtet.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Herrn von Ahlen für seinen Beitrag und verabschiedet ihn.

5. Haushalt 2015 inklusive Änderungsliste

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, zunächst das Thema Haushalt zu behandeln und im Anschluss daran den vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Weiterbeschäftigung der Klimaschutzbeauftragten zu besprechen. Dieser Vorgehensweise stimmen die Ausschussmitglieder zu.

Zunächst werden die Übersicht der Produkte des Fachbereiches Planen und Bauen (FB 4) und anschließend die Übersicht der Produkte des Fachdienstes Feuer- und Rettungswache, des Fachdienstes Wirtschaftsförderung, Projektsteuerung und Liegenschaften sowie der Zentralen Gebäudewirtschaft angesprochen. Zu beiden Produktübersichten gibt es keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, die Änderungsliste zum Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes 2015 seitenweise durchzugehen. Zu den nachfolgend aufgeführten Seiten/Positionen gab es Erläuterungsbedarf oder Anmerkungen sowie einzelne Abstimmungen:

Seite 2, Position 8 – Produkt 010 100 060 Sachkonto 5211515 - Baubetreuung

Seitens der Ausschussmitglieder wird Auskunft erbeten, warum der Efeu am Alten Amtshaus entgegen früherer Entscheidungen nun doch komplett beseitigt werden müsse und warum diese Aufgabe unabweisbar sei. Auch zur Kostensteigerung der vorher angesetzten 40.000 € auf jetzt 88.600 € wird um Erläuterung gebeten. Frau Abendroth von der ZGW führt aus, dass ursprünglich die mechanische Beseitigung des Efeus in Teilbereichen angesetzt war. Es habe umfangreiche Gespräche und konkrete Vorgaben der Denkmalpflegebehörde über die Art der Beseitigung sowie der Behand-

lung der Rückstände (Haltenäpfe des Efeus auf dem sehr stark strukturierten Putz) gegeben. Auch sei der Efeu weiter gewachsen, die Fläche habe sich vergrößert und der Efeu sei auch in die Dachrinnen, die Dachflächen und angrenzende Bauteile eingedrungen, so dass ein höherer Sanierungsaufwand erwartet werde. Nach kurzer Diskussion wird die Verwaltung um genaue Benennung der Schäden sowie um Prüfung von Alternativen zur Schadenbehebung mit Erhalt des Efeu gebeten. Ratsherr Fröhling beantragt, diese Position aus der Änderungsliste zu streichen. Auf Nachfrage von Herrn Haarhaus, ob die gesamte Summe von 88.600 € oder nur der Änderungsbetrag von 80.000 € gestrichen werden soll, erläutert Frau Abendroth, die ursprünglich eingestellte Summe von 8.600 € betreffe die Aufrüstung der Brandmeldeanlage und nicht den Efeu.

Vorsitzender Holzrichter lässt somit die beiden Fachausschüsse getrennt darüber abstimmen, den Betrag in Höhe von 80.000 € aus der Änderungsliste zu streichen.

Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	5

Abstimmungsergebnis des Bau- und Verkehrsausschusses:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	3

Seite 3, Position 4 – Produkt 120 010 040 Sachkonto 5242060 - Straßenbau- u. Unterhaltung
Ratsfrau Rogalske fragt an, ob die Kosten in Höhe 90.000 € zwingend von der Stadt Luedenscheid mitgetragen werden müssen und was die Verbesserung der Fahrgastfreundlichkeit tatsächlich bedeute. Herr Bursian erläutert, Fahrgastinformationssysteme seien Service-Leistungen für die Busnutzer. Sie zeigen an, wann und welcher Bus als nächstes kommt, informieren aber auch über Störungen oder Verspätungen. Solche Anlagen seien bereits am Sauerfeld vorhanden und nunmehr am Bräuckenkreuz, an der Christuskirche sowie an der Kluse als die am stärksten von den Fahrgästen genutzten Haltestellen geplant. Es seien jeweils 2 Anlagen am Bräuckenkreuz und der Kluse sowie mindestens 3 Anlagen an der Christuskirche geplant. Die Mittel von 90.000 € seien eine einmalige Ausgabe für reine Tiefbaukosten. Die Anschaffung, der Betrieb und die Wartung werde durch die MVG und den Märkischen Kreis bezahlt. Ratsherr Fröhling erfragt, warum nicht die MVG als Betreiber der Busse die Tiefbaukosten trage, da es sich hier um eine nicht unerhebliche Summe handele. Ratsherr Thielicke antwortet, dies sei ein guter Beitrag zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV und trage u. a. dazu bei, mehr Menschen zum Busfahren zu bewegen. Herr Bursian ergänzt, die Verwaltung sei nicht vertraglich verpflichtet, diese Tiefbaukosten zu übernehmen. Geschehe dies aber nicht, gebe es diese Anlagen nicht. Die Attraktivitätssteigerung durch solche Fahrgastinformationssysteme werde z. B. am Sauerfeld durchaus deutlich. Dort zeige sich, dass die Menschen durch die Anzeigetafeln erst wahrnehmen, in welcher Taktung und wie viele Busse fahren. Auch mit Blick auf den Lärmschutz (Menschen von der Straße weg zur Nutzung des ÖPNV bewegen) und der Förderung „kurzer Wege“ sei dies wichtig.

Nach kurzer weiterer Diskussion stellt Ratsherr Fröhling den Antrag, diese Position aus der Änderungsliste zu streichen.

Herr Bärwolf führt ergänzend aus, dass die MVG als überregional tätiges Busunternehmen nicht in der Lage sei, diese Kosten komplett selbst zu übernehmen. Die MVG biete den Kommunen an, die Aufstellung sowie alle Folgekosten zu tragen, wenn die Kommunen einmalig die Tiefbaukosten

übernehmen. Aus den genannten Gründen befürworte die Verwaltung diesen Vorschlag, auch wenn es zweifellos keine geringe Summe sei. Diese Maßnahme diene der Infrastrukturverbesserung und somit einer Verbesserung des ÖPNV.

Vorsitzender Holzrichter lässt somit die beiden Fachausschüsse getrennt darüber abstimmen, die Position 4 in Höhe von 90.000 € aus der Änderungsliste zu streichen.

Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	11
Enthaltungen:	1

Abstimmungsergebnis des Bau- und Verkehrsausschusses:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	11
Enthaltungen:	1

Somit bleibt die Position 4 auf Seite 3 in der Änderungsliste erhalten.

Seite 5, Position 2 – Produkt 010 020 070 Sachkonto 6811300 – Regionale 2013

Herr Matzner erklärt, dass dieser Punkt in der Änderungsliste gestrichen werden solle. Zum Hintergrund führt er aus, dass es eine Kostenschätzung für die Beleuchtung und Montage in Höhe von 150.000 € gegeben habe. Diese Kostenschätzung sei Grundlage der Ausschreibung gewesen. Aufgrund der langen Lieferzeit sei der Kauf des Materials noch in diesem Jahr erforderlich gewesen, wofür eine Verpflichtungsermächtigung im Haushalt Voraussetzung war. Da es in dieser Höhe keinen ausreichenden Deckungsvorschlag gab, wurde der Auftrag geteilt. Zum einen gab es eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100.000 € in diesem Jahr, die Beauftragung der Montage sollte im nächsten Jahr separat erfolgen. Mittlerweile sei der Auftrag erteilt, die Auftragssumme liege mit einem Betrag von 92.000 € ohne Wartung (mit Wartung 97.000 €) deutlich niedriger als ursprünglich kalkuliert, so dass die vorliegende Verpflichtungsermächtigung ausreiche und die auf Seite 8, Pos. 2 der Änderungsliste eingetragenen 40.000 € entfallen können. Bei der genannten Position 2 auf Seite 5 handele es sich ausschließlich um die Landeszuweisung, die genannten 40.000 € stünden auf Seite 8, Pos. 2 der Änderungsliste.

Herr Holzrichter bedankt sich für die Erläuterung und stellt fest, dass diese Position somit in der Änderungsliste entfalle.

Seite 5, Position 4 – Produkt 010 100 050 Sachkonto 6821100 - Grundstücksmanagement

Vorsitzender Holzrichter weist darauf hin, dass die Verwaltung diesen Änderungsvorschlag zurückgenommen habe. Es bleibe beim Ansatz von 850.000 €.

Seite 5, Position 7 – Produkt 120 010 040 Sachkonto 6681200 – Straßenbau- u. unterhaltung

Herr Matzner erläutert, dass aufgrund eines Fehlers der „alte Ansatz“ mit 0 € stehe, im Haushalt aber mit 303.365 €. Somit stimme auch die Erhöhung nicht. Hintergrund sei, dass in 2014 die KAG-Abrechnung Glatzer Straße an die Anwohner verschickt werden sollte. Es gehe um den Betrag in Höhe von 378.000 €. In 2015 werden Einnahmen aus KAG-Beiträgen für die Glatzer Straße in Höhe

von 681.000 € erwartet, da die Maßnahme in zwei Bauabschnitten in 2014 und 2015 geplant war, die Beiträge nunmehr jedoch komplett erst in 2015 anfallen. Zusammenfassend stellt Herr Matzner dar, dass in der Spalte „Ansatz alt“ 303.365 €, in der Spalte „Änderung 2015“ 378.000 € und in der Spalte „Ansatz neu“ 681.000 € stehen müsse. Vorsitzender Holzrichter ergänzt, dass für diese Änderung keine Abstimmung erforderlich sei. Er fragt, ob es hierzu Fragen oder Anmerkungen gebe. Auch hierzu erfolgt keine Wortmeldung.

Seite 8, Position 2 – Produkt 010 020 070 Sachkonto 7851000 – Regionale 2013

Gemäß den Erläuterungen von Herrn Matzner zu Position 2 auf Seite 5 werden hier die 40.000 € gestrichen, so dass der alte Ansatz von 450.000 € bleibe.

Seite 10, Position 1 – Produkt 120 010 040 Sachkonto 7852040 – Straßenbau- u. unterhaltung

Ratsherr Voß bittet die Verwaltung um Erläuterung. Herr Bärwolf erklärt, dass dieser Punkt bereits mehrfach im Ausschuss sowie im Rat besprochen worden sei. In der Vergangenheit sei versucht worden, mit dem Eigentümer des Gebäudes Sternplatz 1 eine Lösung zu finden, die Einheitlichkeit der Unterstellmöglichkeiten auf dieser Seite des Sauerfeldes mit einer Überdachung am Gebäude zu realisieren. Dies habe zum Bedauern der Verwaltung aus technischen und statischen Gründen nicht umgesetzt werden können. Um in diesem Bereich des Sauerfeldes trotzdem eine überdachte Unterstellmöglichkeit insbesondere für Fahrgäste der MVG zu realisieren, sei dieser Betrag eingestellt worden. Auf Nachfrage ergänzt Herr Bärwolf, dass vor der Umsetzung die Ausführung einer überdachten Bushaltestelle selbstverständlich im Bau- und Verkehrsausschuss oder im Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt vorgestellt werde.

Vorsitzender Holzrichter lässt die beiden Fachausschüsse getrennt über den Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes 2015 der betroffenen Fachdienste inklusive der vorliegenden Änderungsliste für die Produkte des FB 4 unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderungen abstimmen.

Die Fachausschüsse stimmen getrennt dem Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes 2015 jeweils einstimmig zu und empfehlen dem Hauptausschuss und dem Rat dessen Annahme.

Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt:

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

Ratsherr Wakup war bei der Abstimmung abwesend.

Abstimmungsergebnis des Bau- und Verkehrsausschusses:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

5.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Weiterbeschäftigung der Klimaschutzbeauftragten

Vorsitzender Holzrichter verliest den ins **Gremien- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Weiterbeschäftigung der Klimaschutzbeauftragten“. Weitere Ausführungen seitens der Antragsteller werden nicht gemacht.

Herr Badziura beantwortet die Frage der Kosten zur Fortführung der Stelle dahingehend, dass es sich um eine Stelle handelt, die auf drei Jahre befristet eingerichtet und aus Bundesmitteln bezuschusst wurde. Diese Befristung laufe im Juni 2015 aus. Grundsätzlich bestehe die Möglichkeit, eine Verlängerung um zwei weitere Jahre beim Zuschussgeber zu beantragen. Die Verwaltung befürworte die Verlängerung dieser Stelle. Da es sich um eine freiwillige Aufgabe handele, bedürfe es hierzu jedoch einer politischen Entscheidung. Um die Frist zur Antragstellung beim Fördergeber auf Verlängerung dieser Stelle nicht zu versäumen, müssten entsprechende Personalkostenanteile durch Ratsbeschluss im Haushalt eingestellt werden. Durch diesen Beschluss und die Einstellung der erforderlichen Haushaltsmittel werde deutlich, dass die Stadt Lüdenscheid nicht nur das politische Ziel Klimaschutz habe, sondern dies auch umsetze. Herr Badziura schlägt eine Rückschau auf die Projekte der vergangenen zweieinhalb Jahre in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt vor. Weiter würden dann die Inhalte zur Antragstellung auf Verlängerung sowie genaue Kosten vorgetragen. Herr Bärwolf fügt ergänzend hinzu, aufgrund der bekannten Haushaltssituation habe die Verwaltung die Verlängerung dieser Stelle nicht vorgeschlagen, befürworte dies aber. Sollte der Ausschuss dem vorliegenden Antrag folgen, werde die Verwaltung die genannten erforderlichen weiteren Schritte einleiten.

Nach kurzer Diskussion wird der vorliegende Antrag an den Hauptausschuss verwiesen verbunden mit dem Auftrag an die Verwaltung, bis zu den Fraktionssitzungen am 17.11.2014 genaue Zahlen als Beschlussgrundlage für die Sitzung des Hauptausschusses am 24.11.2014 vorzulegen. Auch über die Frage der Gegenfinanzierung der Stelle im Hinblick auf das HSK werde dann im Hauptausschuss beraten bzw. entschieden. Eine Verweisung in den Fachausschuss sei nicht erforderlich.

Die Antragsteller sowie die übrigen Ausschussmitglieder stimmen dieser Vorgehensweise zu.

6. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

6.1. Bekanntgaben

6.1.1. Erste Ergebnisse der Wurzelsuchschachtung in der Friedhofstraße

Herr Badziura führt aus, dass in der letzten Sitzung besprochen wurde, noch vor dem Winter die Wurzelsuchschachtung in der Friedhofstraße zu beginnen. Aufgrund der knappen Zeitspanne bis zu diesem Ausschuss liege noch kein Ergebnis vor. Am 24.11.2014 sollen diese Arbeiten mit einer Dauer von zwei Tagen durchgeführt werden, so dass voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt am 03.12.2014 über eine erste Tendenz berichtet werden könne.

Herr Holzrichter bedankt sich für die Auskunft.

6.1.2. Vereinbarung mit der deutschen Bahn über die Erneuerung des Geländers inkl. Abdeckung auf der Stützmauer zwischen Phänomenta und Gleisanlage

Frau Schubert berichtet, dass im Zuge der Umgestaltung des Phänomentaumfeldes das Gelände auf der Stützmauer parallel zum Gleis erneuert werden solle. Ein kleines Stück dieser Stützmauer befinde sich im Eigentum der Deutschen Bahn. Aus gestalterischen Gründen sei geplant, auch das

Geländer auf diesem Stück der Mauer zu erneuern. Zur Sicherstellung der Förderung sei es wichtig, hierzu eine Vereinbarung mit der Deutschen Bahn zu treffen. Hierzu habe es einvernehmliche Gespräche mit der Deutschen Bahn gegeben, so dass diese Vereinbarung nun erstellt wurde und der Deutschen Bahn zur Unterschrift vorgelegt werde. Auch der Fördermittelgeber sei hiervon in Kenntnis gesetzt, damit auch die Erneuerung dieses Geländerstückes in die Förderung falle.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für Ausführungen.

6.2. Beantwortung von Anfragen

Entfällt

6.3. Anfragen

6.3.1. Anfrage der Ratsfrau Britta Rogalske zum Thema "Aggressives Betteln in der Innenstadt"

Ratsfrau Rogalske stellt eine Anfrage bezüglich bettelnder Personen in der Innenstadt und stellt hierzu folgende Fragen:

1. Wie viele ordnungsrechtliche Maßnahmen hat die Verwaltung gegen dieses aktive und aggressive Betteln unternommen?
2. Wie wird aggressives Betteln rechtlich ausgelegt und welche Handlungen fallen darunter?
3. Welche Maßnahmen und durch welche städtischen Institutionen wird gegen dieses aggressive Betteln vorgegangen?
4. Liegen dem aggressiven Betteln in der Stadt nach Kenntnis der Verwaltung organisierte Strukturen zugrunde?
5. Welche weiteren Möglichkeiten sieht die Verwaltung neben dem Ordnungsrecht sieht die Verwaltung, um gegen aggressives Betteln in der Stadt weiterhin vorzugehen?

Zur Beantwortung bittet Herr Ruschin um schriftliche Einreichung dieser Anfrage. Die Beantwortung wird für den nächsten Hauptausschuss zugesagt.

gez. Holzrichter

Vorsitzender des Bau- und
Verkehrsausschusses

gez. Weiß

Vorsitzender des Ausschusses
für Stadtplanung und Umwelt

gez. Kaluza

Schriftführerin